

- Stellungnahme -

## **Referentenentwürfe**

# **Entwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung**

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes und einer Verordnung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung vom 17.02.2023.

Der DBfK als Mitglied des Deutschen Pflegerates e.V. (DPR) trägt dessen Stellungnahme in allen Teilen mit und nimmt hier zu einigen Punkten ergänzend Stellung.

Wir bitten um eine Klarstellung im **§ 22a (2) „Beschäftigung von Pflegehilfskräften,**“ dass „die nach den Regelungen der Länder zuständige Stelle die Gleichwertigkeit ihrer im Ausland erworbenen Berufsqualifikation zu einer Berufsausbildung als Pflegehilfskraft mit landesrechtlich geregelter Helfer- oder Assistenzausbildung in der Pflege mit einer Ausbildungsdauer von mindestens einem Jahr festgestellt hat.“

Zur Begründung: hierdurch ist unmissverständlich geregelt (vgl. z.B. § 113c SGB XI), dass Gesetz und Verordnung nicht auf die Beschäftigung von Personen mit unregelmäßigen Helfer- und Assistenzqualifikationen abzielen, die keine Berufsausbildung haben.

Berlin, 01.03.2023

**Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) - Bundesverband e. V.**

Alt-Moabit 91 | 10559 Berlin | Telefon: +49 (0)30-2191570 | E-Mail: [dbfk@dbfk.de](mailto:dbfk@dbfk.de) | [www.dbfk.de](http://www.dbfk.de)